

Aus Stadt und Land.

Am 3. Februar 1925.

Karnevalszeit.

Man sind wir auf dem Höhepunkt der Winterferien, der Tanzzeit, angelangt. Fast kein Abend vergeht, an dem nicht irgend etwas „Los“ ist. Sei es ein gemütlicher Hausball oder ein großer Gesellschaftsball, immer ist der Tanz der Grund dazu. Ob in Stadt und Land getanzt wird oder im Straßenanzug, immer wird der Tanz und hinwegführen aus der grauen Gegenwart in einige frohe Stunden. Unter glühenden Kronleuchtern fächelt man sich dann einmal in einer anderen Zeit, die so rechten Raum schafft, sich den vielen Illusionen, die uns Menschen umgaulen, hinzugeben. Und wer wollte darauf verzichten! Zu allen diesem kommt noch der Fasching. Was liegt nicht alles in diesem Wort, welche Erinnerungen aus längst vergangener Zeit werden wieder lebendig. Wer denkt da nicht an prächtig geschmückte Säle, farbenfreudige Kostüme und pridelnde Tanzweisen! Dieses Jahr scheint sich der Fasching wieder etwas zu beleben, während er in den letzten Jahren ziemlich zurückgegangen war; denn die Zeiten waren schwer und eigentlich wäre er auch heute noch nicht berechtigt. Was auf die Dauer kann man ihn doch nicht verdammen. Sehr viele verdienen damit ihr tägliches Brot, und wenn nicht allzu viel Uebermut zutage tritt, werden auch die ärgsten Wichtigtuer in diesem Jahre scheinbar reger sich die Wirt. Öffentliche Maskenbälle mit allerlei Ueberraschungen auf das Elegante hinausgestaltet. Dazu kommen noch die vielen anderen Veranstaltungen der Vereine, Kostüm- und Vornehme Ballfeste unter den verschiedensten Bezeichnungen. So ist denn reichlich Gelegenheit geboten, für einige Stunden dem Alltag Lebewohl zu sagen und für kurze Zeit bei Tanz und im angenehmer Gesellschaft einmal recht lustig zu sein.

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung des Deutschen Arbeitsnachweises Aue und Umgebung hielt am Dienstag, den 3. und 10. Februar 1925 geschlossen.

Hauptversammlung des Allgemeinen Turnvereins (D.V.) Aue. Unter Leitung des 1. Vorsitzenden, Lehrer E. Starb fand am vergangenen Sonnabend abend im Bürgergarten die Generalversammlung statt. Der Jahresbericht des Vorsitzenden gab ein getreues Bild der geleisteten Arbeit und Tätigkeit des Vereins. Nach dem Kassenbericht zu schließen, wurde dieses Jahr gut gewirtschaftet. Vom Werbematerial erhielt man dann Kenntnis, wie selbiger für die deutsche Turnschau im allgemeinen durch Wort und Schrift geworden hat. Und im Anschluss knüpfte er die Hoffnung an, daß die Tageszeitungen die edle Turnschau mit unterstützen möchten. Ueber manch schöne Glangleistung des Vereins und dessen aktiven Mitglieder sprach der Turnbericht des Oberturnwart, Oberlehrer Lange. Von diesen seien einige wiedergegeben: Zum Gaudiumfest in Niederwiesenthal errang der Allgem. Turnverein im Vereinswettbewerb den ersten Preis im Männer- wie im Frauenturnen, sowie verschiedene Einzelsiege. Dann hat weiter der Verein fünf Gaumeisterchaften inne. Beim Gaumeisterturnen in Aue wurden 8 Mitglieder Sieger. An dem Städtewettkampf im Kunstturnen in Aue, welcher bekanntlich siegreich für die Auer verlief, nahmen 5 Turner des Vereins daran teil, was aber die Hälfte der Auer Mannschaft betrug. Die Wahlen brachten fast keine Veränderungen. Bis auf die Rechnungsprüfer blieben die vakant gewordenen Ämter in den Händen der seitherigen Turnratsmitglieder. Es folgte dann noch die Wahl von 8 Delegierten zum Gaudium am kommenden Sonntag in Aue. Mit nachzudenken und dankenden Worten schlossen die Verhandlungen. Stbl.

Generalversammlung des Begräbnisunterstützungsvereins „Heimkehr“ Aue. Der unter dem Namen „Neue Knappshot“ heute bestens bekannte Verein, der auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken kann, hielt am vorigen Sonntag im Restaurant „Feldschlösschen“ seine erste Generalversammlung nach dem Neuaufbau ab. Der umfangreiche Geschäftsbericht schilderte die Schwierigkeiten mit denen die Verwaltung in der Zeit der Inflation zu kämpfen hatte, aber dank der tatkräftigen und unerschütterlichen Leitung seines Vorsitzenden, Herrn Franz Baumann, glücklich überwunden sind. Daß der Verein trotz noch tiefer Zeit an Angehörigen zwei seiner verstorbenen Mitglieder je 20 Goldmark ausbezahlen konnte, ist ein Beweis dafür. Ein weiterer Beweis ist wohl, daß der Verein schon am 1. Januar 1924 mit neuen verbesserten Satzungen seine segenreiche Tätigkeit wieder aufnehmen konnte und dem Neuaufbau nur rund 30 Mitglieder fern blieben. Um all die Redaktionen zu erleichtern machten sich zwei Generalversammlungen, drei Vorstands- und vier Kommissionsitzungen nötig. Der Verein wählte am 31. Dezember 1924, nachdem 19 Neuaufnahmen erfolgt waren, 384 Mitglieder, fünf treue Inangeführte Mitglieder schieden durch den Tod aus. Dem Kassenbericht war zu entnehmen: die gesamten Einnahmen betrugen 1401,17 Mark, die Ausgaben 442,70 Mark, so daß ein Kassenbestand von 1024,47 Mark vorhanden ist. Die Kasse wurde nach vorausgegangener Prüfung richtig gesprochen und der Kassierer entlastet. Der nächste Punkt, Entschädigung für die Verwaltung, ging sehr schnell vorüber, und schritt man zur Neuwahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder. Gewählt wurde zum zweiten Vorsitzenden Herr Richard Arnold durch Stimmgittel und gingen als gewählt hervor die Herren Ernst Rastbach, Albin Kramer, Richard Landner und Eduard Müller. Anträge lagen nicht vor und fand nach einer längeren Aussprache des Vorsitzenden die interessante Versammlung ihr Ende. Allen Einsehern, welche ihre Angehörigen nach ihrem Tode vor augenblicklicher Not schützen wollen, ist der Eintritt in diesen Verein sehr zu empfehlen.

Veränderung der Besoldungsordnung? Die Nachrichten in der Staatsanwaltschaft teilt mit, daß der von einer Kommission aus dem Besitze des Abg. Schnitz in der Sitzung des Reichs Landtags vom 20. Januar über die Verhandlung des Sonderausschusses für Beamtenfragen zur Veränderung der Besoldungsordnung und Aufhebung des Besoldungsbeschlusses von 1919, daß die Regierung auch gemäß dem Beschlusse der Reichsregierung zur Veränderung der Besoldungsordnung der Reichsregierung zu treffen ist. Jedenfalls sei die Regierung nicht in der Lage eine solche Stellung einzunehmen. Die werche aber auf Grund

eingestellt, andererseits ist insbesondere aus der letzten Sitzung des sächsischen Finanzministers Dr. Reinhold bekannt, daß von Sachsen aus sehr lebhaft Beschwerden über die Steuerüberweisungen des Reiches geführt werden, die teilweise weit hinter den Beträgen zurückgeblieben sind, auf die Sachsen nach seiner Steuerleistung Anspruch erheben kann. Auch diese Frage dürfte bei den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Reich eine Rolle spielen. Man darf weiter annehmen, daß auf der Finanzministerkonferenz auch die Frage der Einführung von Totalschulden zur Einkommensteuer erörtert werden wird, die besonders in den Kreisen der Gemeindeverwaltungen lebhaft gefordert wird.

Oesterreichs Anschluß möglich!

London, 31. Januar. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß die österreichischen Großdeutschen in einem sehr ungeliebten Augenblick eine Deputation nach Berlin geschickt hätten, um die Anschließbewegung zu fördern. Ein Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland sei nur mit einstimmiger Genehmigung des Völkerbundsrates möglich. Diese Genehmigung würde nur dann erteilt werden, wenn es sich als unmöglich herausstellen sollte, mit anderen Mitteln eine neue Wirtschaftskatastrophe in Oesterreich zu verhindern. In allerersten und Völkerbundskreisen sei man auf Grund der Berichte Dr. Zimmermanns über Oesterreichs Wirtschaftslage einigermassen besorgt.

Kleine Koalition in Hessen!

Frankfurt a. M., 2. Febr. Die Zentrumsfraktion des hessischen Landtages teilt in einer Entschädigung mit, daß sie die ihr zugewiesene Initiative der Regierungsbildung, nachdem der Versuch, die Regierung auf dem Boden der großen Koalition zusammenzubringen, gescheitert ist und es auch nicht möglich war, mit den Demokraten der Deutschen Volkspartei und dem Bauernbund eine tragfähige Mehrheit zu bilden, nunmehr als erledigt ansehe. Die Demokraten werden jetzt versuchen, die früheren, aus Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten bestehende Koalition wieder zusammenzubringen. Man hofft bis Ende dieser Woche die Wahl des Staatspräsidenten vornehmen zu können.

Die deutschen Kriegergräber in Frankreich.

Berlin, 2. Febr. In gegenseitigem Einverständnis der deutschen und der französischen Regierung hat der Direktor des zentralen Reichsausschusses für Kriegerverluste und Kriegergräber, Geheimrat Oberregierungsrat Forstner, eine größere Anzahl deutscher Kriegerfriedhöfe in Frankreich besichtigt. Die von den Franzosen aus wirtschaftlichen Gründen vorgenommenen Umbettungen sind nahezu beendet. Die Toten ruhen jetzt mit wenigen Ausnahmen, auf den endgültigen Friedhöfen. Auf jedem Einzelgrab steht, soweit nicht die alten deutschen Grabsteine besaßen oder bei der Umbettung mitgenommen sind, ein schwarzes Holzkreuz, das den Namen und sonstige Personalangaben enthält. Schadhafte Holzkreuze werden fortlaufend ersetzt. Die Frage, ob an Stelle der Holzkreuze von der französischen Regierung dauerhafte Grabsteine gesetzt werden sollen, wird zur Zeit von den zuständigen französischen Behörden geprüft. Auf den etwa einen Meter hohen, rechteckigen Massengräbern werden große Tafeln mit den etwa festgestellten Namen errichtet. Im allgemeinen zeigen die besichtigten Friedhöfe, soweit sie bisher instand gesetzt werden konnten, ein gutes Aussehen und sind ordentlich unterhalten.

Der katholische Klerus an die Unternehmer.

Essen, 31. Januar. Die Pfarrvereine der drei Düsseldorf Stadtdistrikte beschließen, wegen der gesundheitlichen und sittlichen Gefährdung der breiten Volksmassen folgenden Aufruf an die Arbeitgeber der privaten, kommunalen und staatlichen Betriebe zu richten:

Die gesundheitlichen Schädigungen und erschwerenden Folgen auf sämtlichen Gebieten, die infolge der wirtschaftlichen Not, verbunden mit dem herrschenden Wohnungschaos, in der Arbeiterklasse immer wieder festgestellt werden, veranlassen uns, folgende Bitte an die Arbeitgeber zu richten: Die Arbeitgeber möchten an erster Stelle alles aufbieten, um das Einkommen der Arbeiter zu steigern. Es dürfen keine Löhne vorkommen, die nicht für die einfachsten Lebensnotwendigkeiten ausreichen. Der gegenwärtige Zustand erfüllt uns mit den schwersten Sorgen für Ruhe und Ordnung. Gesunde und sittlich hochstehende Menschen sind das kostbarste Vermögen eines Volkes und solche Menschen sind auch die unentbehrlichste Voraussetzung für einen wirklichen Aufbau. Ein Scheitern wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf dem Trümmerfeld der Gesundheit und Sittlichkeit der breiten Masse ist kein Wiederaufbau, sondern der Ruin der ganzen Nation. Unter anderem bitten sie die Arbeitgeber dringend, von der Sonntagsarbeit abzusehen und diese nur auf die unumgänglichsten Notstandsarbeiten zu beschränken.

Aus Sowjetrußland.

Sinowjew höchstkommandierender der Roten Armee. Berlin, 1. Februar. Wie neuerdings aus Moskau gemeldet wird, ist nunmehr auch Frunse seiner Ämter entbunden worden, da sich seine Unzuverlässigkeit herausgestellt hat. Als Nachfolger Frunses ist der russische Volkskommissar Sinowjew ernannt worden.

Das Dekret des russischen Zentral-Exekutivkomitees, das in Ausführung des Revolutions-Ratsrates und Kommissars der Armee und Flotte entbunden und Frunse an seiner Stelle ernannt, legalisierte im Grunde nur den schon seit Längerem bestehenden Zustand. Trotz hatte seine militärischen Ämter schon lange nicht mehr ausgeübt, und die eigentliche Leitung hatte Frunse, der gegen Trotzki Wunsch im Frühling des vorletzten Jahres zu seinem Stellvertreter ernannt worden war. Dies geschah nach der großen Parteidiskussion, als die Kommunisten in führenden militärischen Stellungen sich für den in Opposition getretenen Trotzki ausgesprochen und Frunse als gebührenden Fortgang der Parteipolitik erwies.

nung geradezu in sein Gegenteil verkehrt. Nicht die notleidenden und in erster Linie unterstützungsbedürftigen Kreise des Mittelstandes und der unteren Volksschichten sind bei der Auszahlung der gewaltigen Summen vor allen anderen berücksichtigt worden, sondern im Gegenteil lediglich die allergrößten und finanzkräftigsten Konzerne. Gerade diejenigen sind bevorzugt worden, die im Kriege und nach dem Kriege verdient und denen auch die Inflation und der Ruhrkampf große Gewinne in den Schoß geworfen hat. Man versteht unter diesen Umständen die Entschädigung gerade des Mittelstandes im besetzten Gebiet, der der Mittelstandsausschuß des Wahlfreies Rhein-Landes der Deutschen Demokratischen Partei in einer an die Demokratische Reichstagsfraktion gerichteten Entschädigung folgende Worte geschrieben hat:

„Wir haben mit Entschädigung davon Kenntnis genommen, daß durch rechtswidrige Maßnahmen einzelner Regierungsstellen unter der Hand über 600 Millionen als nachträgliche Entschädigung an die Montanindustrie des Ruhrgebietes gezahlt worden sind, während bisher fast alle Vorschläge zu einer wenigstens teilweisen Entschädigung des gewerblichen und des industriellen Mittelstandes immer wieder strikte Ablehnung erfahren haben. Die Berechtigung einer solchen Bevorzugung erscheint zweifelhaft im Hinblick auf die relativ günstigen Goldbilanzen der großen Bergbau- und Hüttenbetriebe, ganz besonders aber angesichts ihrer geradezu verschwenderischen Aufwendungen für die republikfeindliche Presse.“ Die Entschädigung dankt der Demokratischen Fraktion und spricht die Erwartung aus, daß sie auch weiterhin gegen eine derartige von den Reichsparteien begünstigte Mittelstandsfreundliche Verteilung der Entschädigungen Front macht.

Ein Skandal bei der Reichsmonopolverwaltung?

Abtritt des Präsidenten. — Verhaftung eines Kaufmanns

Berlin, 2. Febr. Die riesenhaften Spritzschleudungen, durch die der Staat um viele Millionen geschädigt worden ist und die durch die Verhaftung des Generaldirektors Weber nur einen vorläufigen Abbruch gefunden hatten, haben jetzt zu neuen sensationellen Maßnahmen geführt. Der Präsident der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, Geheimrat Steinbock, ist von seinem Posten zurückgetreten. Als offizieller Grund der Demission wird Krankheit angegeben, die sich infolge der großen Aufregungen über die in letzter Zeit abgepielten Vorgänge in der Reichsmonopolverwaltung verschlimmert habe. Ferner wurde der Kaufmann Martin Cohen auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft, der die Spritzschleudungen vermittelt hatte, verhaftet. Als die Beamten in seiner Wohnung erschienen, hatte Cohen Gift genommen. In seinem Kranken Zustande wurde er als Gefangener in der Krankenabteilung des Untersuchungsgefängnisses eingeliefert. Als man ihn aus dem Bette hob, fand man unter dem Kopfkissen noch eine geladene Pistole.

Cohen, früher ein kleiner Agent, hatte es verstanden, sich Verbindungen zur Reichsbranntweinmonopolverwaltung zu verschaffen, die es ihm möglich machten, Einfuhrerlaubnisse, die anderen Leuten verweigert wurden, zu erlangen. Auch Geschäfte auf eigene Rechnung hat er gemacht, wobei eine große Zahl von Geschäftleuten geschädigt worden ist. Diese Gläubiger haben sich zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen und schon seit Monaten ein Strafverfahren gegen Cohen beantragt. Die Einfuhrscheine, die Cohen beschaffte, beliefen sich auf viele 100 000 Liter. Durch die Provisionen, die er sich zahlen ließ, war Cohen bald Millionär. Auf Veranlassung einer Kölner Behörde war er schon einmal verhaftet, aber damals unbegreiflicherweise wieder freigelassen worden, obwohl die Beziehungen Cohens zur Reichsbranntweinmonopolverwaltung und seine keineswegs einwandfreie Tätigkeit bekannt waren.

Ein neuer Kreditkandal?

Berlin, 2. Febr. Die Zahl der Finanzskandale, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt haben, kann leicht um einen neuen Fall vermehrt werden. Gegen die Allgemeine Garantie-Bank, A.-G., in der Dinkstraße 17, die in enger Verbindung mit dem Versicherungskonzern „Deutscher Lloyd“ steht, sind von mehreren privaten Stellen schwere Anschuldigungen, die auf Kreditbetrug in Höhe von 1 Million lauten, erhoben worden. Die bereits die Staatsanwaltschaft beschäftigen dürften.

Dresdner Finanzministerkonferenz.

Dresden, 2. Febr. Die Konferenz der deutschen Landesfinanzminister ist am Montag mittag im Finanzministerium in Dresden eröffnet worden. Sämtliche deutschen Länder sind durch ihre Finanzminister vertreten mit Ausnahme von Preußen, das nach dem Ausscheiden Dr. v. Richters gegenwärtig keinen Finanzminister hat und durch Staatssekretär Weber vertreten wird. Die Verhandlungen werden vom sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold geleitet und wahrscheinlich bis zum Dienstag andauern.

Für die künftige Gestaltung der Finanzen von Reich und Ländern und Gemeinden dürfte diese Konferenz von außerordentlicher Bedeutung sein. Es handelt sich vor allem um die Regelung des bevorstehenden Finanzausgleichs mit dem Reich. Der bisherige Finanzausgleich läuft bekanntlich am 31. Mai 1925 ab. Die Programmrede des jetzigen Reichsanwalts und früheren Reichsfinanzministers Luther sowie seiner Verlautbarungen lassen erkennen, daß vom Reich eine Neuregelung dieser Frage im Sinne einer Verschärfung der den Ländern und Gemeinden zustehenden Anteile der Reichsteuern, insbesondere der Reichseinkommensteuern geplant ist. Im Haushaltsplan des Reiches für 1925 sind die Steuerabveraltungen an die Länder vorläufig mit dem vorjährigen Gesamtbetrag von 1 867 000 000 Mark